

INSM  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH  
Georgenstraße 22  
D-10117 Berlin

Carl-Victor Wachs  
Pressesprecher

wachs@insm.de  
M +49 176 61649030

[insm.de](http://insm.de)

Berlin, 20.02.2024

## Pressemitteilung

### **INSM-Umfrage zur Bürokratie: Fast jeder Zweite hält sich nicht an Vorschriften/ Bürokratie erzeugt vor allem Wut bei den Bürgern**

Berlin – Die Deutschen ächzen unter der Bürokratie. Die vorherrschenden Gefühle im Zusammenhang mit Bürokratie sind Wut, Zorn und Aggression. Fast jeder Zweite gibt zu, bürokratische Vorschriften schon mal ignoriert oder nicht vollständig eingehalten zu haben. Dies ergibt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey unter 5.000 Bundesbürgern im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Insgesamt empfinden 92 Prozent der Befragten den bürokratischen Aufwand für Bürger und Unternehmen als zu hoch, nur 6 Prozent als angemessen. 85 Prozent sagen, es gäbe mehr Bürokratie als vor 10 Jahren. Während im Bevölkerungsdurchschnitt 48 Prozent sagen, sie hätten Vorschriften nicht oder nicht vollständig eingehalten, sagen das sogar mehr als 54 Prozent der Beamten. In den Stadtstaaten Bremen, Berlin, Hamburg werden Regulierungen stärker missachtet als in Flächenländern. Am gesetzestreuesten sind die Bürger in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die dominierenden Gefühle im Zusammenhang mit Bürokratie sind Wut/Zorn/Aggression (43 Prozent). Am wütendsten sind Sachsen, Sachsen-Anhalter und Thüringer.

Anträge von Behörden werden von 82 Prozent als unverständlich, nur von 16 Prozent als verständlich angesehen. Selbst Beamte empfinden Anträge überwiegend (79 Prozent) als unverständlich. Mit der digitalen Entwicklung der Verwaltung sind fast drei Viertel (73 Prozent) unzufrieden. 64 Prozent sagen, dass bürokratische Hürden sie schon mal abgehalten haben, einen Antrag zu stellen.

INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben hält diese Ergebnisse für alarmierend: „Wenn fast jeder Zweite zugibt, dass er bürokratische Regeln nicht vollständig umsetzt, hat der Staat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Regeln, die breitflächig missachtet werden, sind offensichtlich unpraktikabel.“ Alsleben macht für den Missstand Politiker aller Parteien verantwortlich: „Jede Regierung verspricht Bürokratieabbau und baut in Wahrheit Bürokratie auf.“ Seine Forderung: „Wir müssen dem Bürokratiemonster den Kopf abschlagen, indem wir die Zahl der Ministerialbeamten reduzieren. Eine Neueinstellung darf es erst geben, wenn zuvor zwei Beamte ausgeschieden sind. Außerdem brauchen wir Verfallsdaten für Gesetze, damit diese automatisch auslaufen.“